

Hintergrundinformationen

Zur Belastung und Unterrichtsversorgung:

Die Klassen und Kurse insbesondere an Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sind viel zu groß. Die Korrekturbelastung hat durch die Vielzahl der vorgeschriebenen Klassenarbeiten, die Vergleichsarbeiten und zentralen Abschlussprüfungen ein nie gekanntes Maß erreicht. Der schulinterne Vertretungsunterricht hat an Umfang zugenommen, weil die reale Unterrichtsversorgung viel zu knapp ist. Eltern erwarten, dass kein Unterricht ausfällt, aber die Schulen haben nicht die erforderliche Lehrerzuweisung. Dadurch wird eine ständige Überlastung produziert.

In der Grundschule verursacht die Einführung der individuellen Lerndokumentation erhebliche Zusatzarbeit. Die individuelle Förderung ist nach Abbau der Unterrichtszuweisung für Förderstunden ein leeres Versprechen an die Eltern. In der Grundschule spüren Eltern, Kinder und Lehrerinnen einen enormen Druck wegen der Schullaufbahnpflicht. Die sogenannte „Eigenverantwortliche Schule“ verursacht keine Entlastung, sondern zusätzliche Belastungen für Kollegien und Schulleiterinnen und Schulleiter.

Die Forderungen der GEW sind nur ein erster Schritt zur Verbesserung. Die Volksinitiative zur Verbesserung der Unterrichtsqualität tritt zu Recht für eine höhere Anzahl von zusätzlichen Einstellungen ein.

Zum Pensionsalter und zur Altersteilzeit:

Der DGB (und mit ihm die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes – GEW, Ver.di und die Gewerkschaft der Polizei) fordern in ihrem kürzlich allen Landtagsfraktionen überreichten Konzept „Verhandeln statt Verordnen“, dass das neue Beamtenrecht festlegt, dass die materiellen Regelungen (Bezüge, Weihnachtsgeld, Arbeitszeit, Pensionen, Teilzeit, Altersteilzeit) durch Verhandlungen analog zum Tarifrecht getroffen werden.

Die Verhandlungen zur Altersteilzeit müssen umgehend aufgenommen werden.

Die bisherige Altersteilzeitregelung wurde zwischen der GEW und dem Kultusministerium ausgehandelt. Wenn es keine neue Regelung gibt, läuft die alte Regelung automatisch im Jahre 2009 aus. Neue Verhandlungen zu dieser Frage haben für die GEW Niedersachsen eine unbedingte Priorität.

Zu den Anmeldungen und Ablehnungen an Gesamtschulen:

GEW und die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen (GGG) werden in den nächsten Tagen eine präzise Aufstellung der Daten vorlegen. Auch wenn in den eigenen Erhebungen zur Zeit noch kleine Lücken sind, steht schon jetzt fest: Die Anmeldungen bedeuten einen neuen Rekord. So viele Abweisungen gab es noch nie, obwohl das Kultusministerium durch die Verschiebung der Anmeldetermine versucht hat, von der Anmeldung an den Gesamtschulen abzuschrecken.

Der Ruf der Eltern nach Abschaffung des Gesamtschulverbots wird lauter – auch wenn der Kultusminister ihn nach seiner Aussage im Landtag noch nicht vernommen hat. Neue Gesamtschulinitiativen arbeiten in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg.

Die Auswertung der Anmeldungen zu den Hauptschulen wird spannend. Die Daten aus zahlreichen Orten weisen darauf hin, dass sich der Trend der letzten Jahre fortsetzt. Die Politik der „Stärkung der Hauptschule“ ist gescheitert. Die Landesregierung und alle Parteien sind aufgefordert, sich vor den Wahlen und nicht danach zu erklären, wie sie sich ein zukunftsfähiges Schulsystem in Niedersachsen vorstellen.